



Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

IDA-Infomail
Nummer 4, September 2015, 16. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Thema: Bericht aus dem UN-Antirassismuskomitee	S. 5
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 8
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 10
Aktion, Information	S. 13
Seminare, Tagungen	S. 19
Impressum	S. 22

Editorial

Rassismus in Deutschland ist alltäglich ebenso wie derzeit die rassistische Gewalt gegenüber geflüchteten Menschen. Die Zunahme an rassistischen und rechtsextremen Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland macht fassungslos.

Allein im ersten Halbjahr 2015 ist die Zahl der rassistischen und gewaltsamen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (über 200) alarmierend gestiegen. Die Anzahl der Anschläge liegt damit schon in den ersten sechs Monaten auf dem Niveau des gesamten Vorjahres. Vieles deutet darauf hin, dass in der zweiten Jahreshälfte die Angriffe weiterhin zunehmen werden. Im Juli und August ereigneten sich bereits mehrere Übergriffe, etwa in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Auch die Zahl der Angriffe auf Moscheen und islamische Einrichtungen zwischen Januar bis Juni 2015 sind gestiegen. In diesem Zeitraum gab es 23 Anschläge und es fanden 64 Kundgebungen gegen eine angebliche Islamisierung Deutschlands statt, die von Rechtsextremen beeinflusst oder gesteuert wurden.

Die rassistische Hetze und Gewalt geht nicht nur von der extremen Rechten aus, sondern kommt aus der Mitte der Gesellschaft, die sich der rechten Szene nicht zuordnen lässt. Diese ‚normalen‘ Bürger_innen lassen sich von rechter Rhetorik mobilisieren und fühlen sich bestärkt durch mediale und politische Hetze gegenüber geflüchteten Menschen.

Der sichtbare und gewaltförmige Rassismus gegenüber geflüchteten Menschen findet seinen

Ausdruck auch in der PEGIDA-Bewegung, die antimuslimische und rassistische Hetze betreibt. So gibt es in ganz Deutschland „Brandstifter“, die vor Gewalttaten keinen Halt machen und die sich durch die Diskurse der Mitte legitimiert sehen. An dieser Stelle sollte auch die Solidarität und der Widerstand für Betroffene gegenüber Rassist_innen und Rechtsextremen erwähnt werden. Viele aktive Einzelpersonen und Organisationen versuchen Geflüchteten den Schutz zu bieten, den sie so dringend benötigen. Es wird viel getan, um Geflüchtete menschenwürdig unterzubringen, ihnen das Ankommen zu erleichtern und vor allem für ihren Schutz vor Gewalt und Bedrohungen zu sorgen.

Das Thema dieser Infomail-Ausgabe ist: *Deutschland erstattet Bericht beim Antirassismuskomitee der Vereinten Nationen*. In diesem Artikel berichtet Vera Egenberger, Geschäftsführerin des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung e. V. (BUG), von der Sitzung des Antirassismuskomitees im Mai 2015 in Genf. Anschließend werden der Bericht der Bundesregierung und die Schattenberichte an das UN-Antirassismuskomitee dargestellt und bewertet.

In der Infomail finden Sie wie immer viele Informationen, Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Rassismus, Rechtsextremismus sowie Flucht und Asyl.

Ich wünsche viele Anregungen beim Lesen der Infomail

Karima Benbrahim

IDA informiert:**IDA-Workshop „Entgrenzt - transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“ *noch freie Plätze zu vergeben***

Datum: 18.-19. September 2015

Ort: Stephansstift Hannover

„Rechtsextremismus“ stellt ein gesamteuropäisches Phänomen und Problem dar. In nahezu allen europäischen Staaten existieren extrem rechte Strukturen, Organisationen und Strömungen, die von militant auftretenden neofaschistischen und neonazistischen Gruppen bis hin zu rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen reichen. Die Aktivitäten der extremen Rechten bleiben allerdings nicht auf die jeweiligen Ländergrenzen beschränkt, sondern es kommt zu grenzüberschreitenden Vernetzungen und Kooperationen. Dabei werden Themen, Strategien und Aktionsformen aufgegriffen, diskutiert und in den länderspezifischen Kontext übertragen. Die Zusammenarbeit der extremen Rechten in Europa findet nicht nur über parteienförmige Bündnisse statt, wie sie beispielsweise im Europaparlament zu finden sind, sondern insbesondere im sub- und jugendkulturellen Bereich wie dem internationalen RechtsRock, ist eine europäische Dimension von zentraler Bedeutung.

Während eine Vielzahl an länderspezifischen Analysen von extrem rechten Strukturen und Erscheinungsformen vorliegen, stellen Aspekte grenzüberschreitender Vernetzungen und Diskurse eine selten berücksichtigte Perspektive dar. Vor allem in der Bildungsarbeit „gegen Rechts“ lässt sich dahingehend eine Leerstelle konstatieren.

Im Rahmen des zweitägigen Seminars soll anhand verschiedener Inputs die europäische Dimension der extremen Rechten thematisiert und diskutiert werden. Dabei möchten wir Fragen grenzüberschreitender Bedeutung für eine Analyse extrem rechter Erscheinungsformen und ihrer Bearbeitung durch die politische Bildungsarbeit thematisieren.

Die Veranstaltung richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche im Feld der politischen und zivilgesellschaftlichen (Bildungs-) Arbeit gegen Rechtsextremismus. Es gibt eine Teilnahmebegrenzung von 25 Personen. Das Seminar wird durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Programm**Freitag, 18. September 2015**

- | | |
|-----------|--|
| 14.00 Uhr | Begrüßung |
| 14.30 Uhr | Die extreme Rechte in Europa, Heribert Schiedel (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes) |
| 16.30 Uhr | Transnationale Dimension extrem rechter Jugendkultur, Jan Raabe (Argumente & Kultur gegen Rechts) |
| 18.00 Uhr | Abendessen |

Samstag, 19. September 2015

- | | |
|-------------------|--|
| 9.00 Uhr | „We stand with Golden Dawn“: Der Aufstieg der Goldenen Morgenröte und die europäische extreme Rechte, Maik Fielitz (Universität Frankfurt) |
| 10.30 Uhr | Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung - Antiziganismus in Mittel- und Osteuropa, Lara Schultz (Journalistin) |
| 12.00 - 13.00 Uhr | Mittagspause |
| 13.00 Uhr | Antimuslimischer Rassismus als Ideologieelement des Rechtspopulismus in Europa, Inva Kuhn (Politologin, tätig in der politischen Bildungsarbeit) |
| 14.30 Uhr | Europäische Dimension in der politischen (Bildungs-) Arbeit gegen Rechtsextremismus?! Frauke Büttner (Politologin freie politische Bildnerin) und Geert Ates (UNITED for Intercultural Action) |
| 16:00 Uhr | Ende |

Infos:
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.
Sebastian Töbel
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Fax: 02 11 / 15 92 55-69
sebastian.toebel@idaev.de
www.idaev.de/aktuelles/workshop-entgrenzt.html

Anmeldung:
Verbindliche Anmeldung bis zum 28. August unter: sebastian.toebel@idaev.de
(Die Teilnahmebegrenzung liegt bei 25 Personen). Der Teilnahmebeitrag beträgt 20,- Euro (inklusive Übernachtung und Verpflegung).

Tagungsort:
Stephansstift
Zentrum für Erwachsenenbildung
Hotel und Tagungshaus Hannover
Kirchröder Straße 44
30625 Hannover

Jubiläumstagung „Von begrenzten Fehlschlägen und grenzenloser Hoffnung“ - 25 Jahre Rassismuskritik bei IDA e. V

Termin: Freitag, 27. November - Samstag, 28. November 2015
Ort: Berliner Stadtmission/Jugendgästehaus Hauptbahnhof (Lehrter Str. 68, 10557 Berlin)

Programm

Freitag, den 27.11.2015

13.00 Uhr	Ankunft/Anmeldung mit Kaffee und Kuchen
14.00 - 14.45 Uhr	Begrüßung, Überblick, Einführung
14.45 - 15.30 Uhr	Vortrag: Rassismus in aktuellen politisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen Manuela Bojadžijev
15.45 - 17.45 Uhr	Arbeitsgruppenphase 1 - Positionen des IDA
AG1	Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft (Rolf Knieper, Projekt Dimensionen, IDA e. V.)
AG 2	Rechtspopulistische Familienideologie und Kampf gegen Sexualeaufklärung und Gender Mainstreaming (Carolin Hesidenz, MBR Köln)
AG 3	Diversitätsbewusste Bildungsarbeit - Für eine antidiskriminierende Haltung in der Jugend(verbands)arbeit (Karima Benbrahim, IDA e. V.)
AG 4	Antiziganismus in gegenwärtigen Migrationsdebatten (Markus End, Diplom-Politologe und Autor)
ab 18.00 Uhr	Festakt, Empfang und Grußworte Grußwort des IDA-Vorsitzenden Georg Förster Grußwort der beiden Vorsitzenden des Deutschen Bundesjugendrings, Lisi Maier und Stephan Groschwitz Rede der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Mark
19.30 - 20.30 Uhr	Abendessen

IDA informiert:

20.30 - 21.30 Uhr Theaterstück „Ein ganz gewöhnlicher Jude“ (Andreas Schmid, TheaterKunst Köln e. V. , Aufführungsrechte: Verlag Jussenhoven & Fischer Köln)
ab 21.30 Uhr Erinnern und Feiern mit Musik, Getränken und spannenden Gesprächen

Samstag, den 28.November 2015

9.00 - 9.45 Uhr Vortrag: Ein selbstkritischer Blick. Wie rassismuskritisch und diversitätsbewusst sind wir eigentlich? Rudolf Leiprecht
9.45 - 11.15 Uhr Arbeitsgruppenphase 2 - Perspektiven des IDA
AG 1 Lösen Inklusion und Diversität die Interkulturelle Öffnung ab? (Ansgar Drücker, IDA)
AG 2 Entgrenzt: transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte (Sebastian Töbel, IDA)
AG 3 Junge Flüchtlinge als Zielgruppe und Akteur_innen der Jugend(verbands)arbeit Ibrahim Dourra Maiga, Bayerischer Jugendring; evtl. mit einem Jugendlichen mit Fluchterfahrung
AG 4 Stolpersteine und Edelsteine einer rassismuskritischen Bildungsarbeit (Anne Broden IDA-NRW)
11.20 - 12.00 Uhr Tagungsfazit von Santina Battaglia, Diplom-Psychologin
12.00 - 12.30 Uhr Zum Nachdenken anregender Abschluss: Spoken Word Performance Philipp Khabo Koepsell, Autor und Künstler
12.30 - 13.30 Uhr Mittagessen

Teilnahmebeitrag

60 € Einzelzimmer (ermäßigt: 40 €)

40 € Doppelzimmer (ermäßigt: 25 €)

30 € ohne Übernachtung (ermäßigt: 20 €)

(Ermäßigung für Erwerbslose, Niedrigverdiener_innen, Student_innen, Schüler_innen und auf Anfrage)

Informationen 25jahre@idaev.de, Tel: 02 11 / 15 92 55 5

Barrierefreiheit: Die Tagungsräume sind barrierefrei zugänglich, das Jugendgästehaus teilweise, bitte wenden Sie sich an uns.

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

Ansgar Drücker

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

25jahre@idaev.de

www.idaev.de

Thema:**Deutschland erstattet Bericht beim Antirassismuskomitee der UN**

Von Vera Egenberger, Geschäftsführerin des BUG und frühere Geschäftsführerin des IDA e.V.

Die Antirassismuskonvention

1969 ratifizierte die Bundesrepublik Deutschland die Antirassismuskonvention der Vereinten Nationen (ICERD). Diese formuliert einen internationalen Menschenrechtsstandard bezüglich des Schutzes vor ethnischer Diskriminierung, der von Einzelpersonen jedoch auch vom Staat ausgehen kann. Die durch ICERD eingeführte Definition rassistischer Diskriminierung als „jede auf der ‚Rasse‘, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird“, ist international akzeptiert.

Staaten verpflichten sich beispielsweise konkrete politische und gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen und alle Gesetze und sonstigen Vorschriften zu ändern, aufzuheben oder für nichtig zu erklären, die einen rassistischen Inhalt oder eine rassistische Wirkung haben. Alle vier bis fünf Jahre berichten die jeweiligen Vertragsstaaten beim Komitee der Konvention über ihre Entwicklungen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus. 18 Expert_innen aus unterschiedlichen Ländern werden in das Komitee (CERD) entsandt und analysieren die ihnen vorgelegten Berichte. Entlang der Standards der Konvention, aber auch der seit 1969 entwickelten generellen Empfehlungen, werden die vorgelegten Länderberichte eingeschätzt. Das Komitee erhält zunächst den schriftlichen Staatenbericht sowie Berichte von Nichtregierungsorganisationen (sogenannte Schatten- oder Alternativberichte). Ein Mitglied des Komitees wird zum Berichtersteller für ein Land bestimmt. Nach der mündlichen Vorstellung des Länderberichtes beim Hochkommissar für Menschenrechte in Genf stellen die Mitglieder des Komitees dann vielfältige und mitunter kritische Fragen an die Regierungsdelegationen. Diese Fragen müssen schließlich bei einer weiteren Vorstellung am Folgetag beantwortet werden. Auf dieser Grundlage entwickelt das Komitee „Abschließende Bemerkungen“ an die Länder mit Vorschlägen, wie festgestellte Missstände behoben werden sollten. In der folgenden Berichtsreihe erwartet das Komitee eine Darstellung der diesbezüglich ergriffenen Maßnahmen.

Schattenberichte von NGOs

Nichtregierungsorganisationen hatten in diesem Berichtszyklus für Deutschland erstmals mehrere Schattenberichte vorgelegt. Einige NGOs hatten sich dazu entschlossen thematisch spezifische Berichte vorzulegen, wie beispielsweise die Türkische Gemeinde bezüglich der Individualbeschwerde gegen Herrn Sarazin, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) zur Situation von People of Color und Schwarzen Menschen in Deutschland, ein Netzwerk von Jurist_innen und NGOs, die zum Thema NSU-Morde Material zusammenstellten, das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit zur Situation von muslimischen Frauen und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) zur Diskriminierung von Muslim_innen beim Zugang zur Beschäftigung bei christlichen konfessionellen Verbänden (Ausnahmeregelung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in § 9). Außerdem wurde unter der Koordination des Forums Menschenrechte und der Diakonie Deutschland ein umfassender Schattenbericht erstellt, zu dem Mitglieder des Forums Menschenrechte und ausgewählte Expert_innen beitrugen. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat in seiner spezifischen Funktion als nationale Menschenrechtsinstitution zudem einen eigenen Bericht vorgelegt.

Anders als bei den vorherigen Berichten der Bundesrepublik waren diesmal mehrere Vertreter_innen von NGOs bei der Sitzung des CERD anwesend. Sie hatten, noch bevor die Regierungsdelegation dem Komitee ihre Informationen präsentieren konnte, die Möglichkeit zum Komitee zu sprechen. Die Anwesenden stellten – soweit dies möglich war – die Vielschichtigkeit von Rassismus in Deutschland dar und konnten beispielsweise zu „racial profiling“, zur Untersuchung der NSU-Morde und zur Ausgrenzung von Muslim_innen bei der Stellenbesetzung in konfessionell gebunden Organisationen und Verbänden zusätzliche

Informationen zur Verfügung stellen.

Die CERD-Analyse

Bei der 86. Sitzung des Antirassismuskomitees am 5. und 6. Mai 2015 präsentierten dann Vertreter_innen unterschiedlicher deutscher Ministerien den bereits in 2013 beim Antirassismuskomitee vorgelegten schriftlichen Bericht der Bundesregierung. In der Präsentation des Berichtes fokussierten sich die jeweils Vortragenden auf die Situation der Menschen mit Migrationshintergrund im Bereich des Arbeitsmarktes und der Bildung. Die Situation bezüglich rechtsextremer Straftaten in Deutschland wurde ebenfalls dargestellt.

In einer umfassenden Fragerunde wurde die Delegation gebeten weitere Informationen darzulegen und unklar gebliebene Sachverhalte zu erläutern. Im Besonderen wurde von der Berichterstatteerin angemerkt, dass die Situation bezüglich Rassismus gegen Schwarze Menschen in Deutschland, People of Color und Roma im Bericht äußerst unzureichend dargestellt sei und die Kategorie „Migrationshintergrund“ in der Analyse von Rassismus nicht als hilfreich erachtet wird.

Die Abschließenden Bemerkungen

Bereits circa zwei Wochen nach der CERD-Sitzung wurden die Abschließenden Bemerkungen zu Deutschland veröffentlicht. Diese enthalten eine Vielzahl von Anmerkungen und Empfehlungen zu Sachverhalten, die die Bundesregierung bis zur kommenden Berichtsrunde in fünf Jahren bearbeiten sollte:

- Es wurde wiederholt sehr kritisch angemerkt, dass der Bundesregierung nur äußerst bedingt die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung bekannt ist. Hierzu sollten Daten gesammelt werden, sofern Befragten der Preisgabe dieser Information zustimmen.
- Es wurde bedauert, dass die deutsche Antidiskriminierungsgesetzgebung nur einen beschränkten Rahmen bietet, um Diskriminierung im Besonderen durch staatliche Akteure zu ahnden. Es wurde vorgeschlagen eine Evaluierung des AGG vorzunehmen und gesetzliche Lücken zu identifizieren.
- Bezüglich „racial profiling“ wurde die Bundesregierung aufgefordert unabhängige Beschwerdestellen aufzubauen, um Betroffenen von „racial profiling“ eine Anlaufstelle zu bieten. Beamte sollten angemessen geschult werden, um zu gewährleisten, dass ihre Aufgaben diskriminierungsfrei durchgeführt werden. Sollte es trotzdem zu Vorfällen kommen, sollten diese direkt und unparteiisch untersucht werden.
- Artikel 19 Absatz 3 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurde abermals gerügt, da dieser Absatz Vermieter_innen von Wohnraum eine unspezifische Ausnahmeregelung ermöglicht, die nach Einschätzung des Komitees nicht akzeptabel ist.
- Außerdem wurde angemerkt, dass § 9 des AGG, der konfessionellen Verbänden bzw. Arbeitgeber_innen eine weite Ausnahmeregelung bei der Auswahl von Personal erlaubt, reflektiert und überarbeitet werden sollte.
- Darüber hinaus forderte das Komitee die Verbesserung der Situation von Roma und Asylsuchenden in Deutschland ein.

Resümee

In meiner langjährigen Tätigkeit in der deutschen und europäischen Antirassismuarbeit habe ich bereits viele Sitzungen des CERD-Komitees miterlebt und Beiträge zu vorliegenden Länderberichten beigesteuert. Die Sitzung des CERD im Mai 2015 war im Rahmen der Analyse Deutschlands unerwartet spannend. Wie nie zuvor konnten deutsche NGOs zur Entwicklung der Abschließenden Bemerkungen beitragen. Themen wurden aufgenommen, die ohne die Arbeit der NGOs vor Ort vom Komitee nicht aufgegriffen worden wären. Die in Genf anwesenden NGOs haben es verstanden ihre Punkte kompetent zu platzieren und sich gegenseitig zu unterstützen. Nun gilt es die Abschließenden Bemerkungen in der konkreten Arbeit gegen Rassismus zu nutzen und die Behörden, staatliche Akteure und Politiker_innen immer wieder daran zu erinnern, dass es nicht reicht einen Bericht zu verfassen, um Rassismus zu bekämpfen. Unnachlässige, engagierte und nachhaltige Maßnahmen von allen Akteur_innen sind nötig, um Rassismus keinen Platz zu lassen.

Der offizielle Staatenbericht, der Bericht des DIMR, die NGO-Schattenberichte als auch die Abschließenden Bemerkungen können auf der Seite des Hochkommissars für Menschenrechte eingesehen werden: http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=977&Lang=en (siehe „Germany“)

Die vollständige Sitzung des CERD-Komitees (circa sechs Stunden) wurde aufgezeichnet und kann angesehen werden unter: <http://www.treatybodywebcast.org/category/webcast-archives/cerd/> (bitte bis ‚CERD 86: Germany‘ runterscrollen und die jeweiligen Sitzungsteile ansehen).

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind. Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.

**Mobim. Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie. Im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster (Hg.): „Hier kennt man sich...“ Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster**

Münster, 52 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Broschüre

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster dokumentiert und beschreibt die unterschiedlichen Strömungen und Aktionsformen der extremen Rechten in der Region und porträtiert ebenso Aktionen wie auch Akteure, die gegen die menschenverachtenden Aktivitäten der extremen Rechten Widerstand leisten.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5818&title=hier-kennt-man-sich-zivilgesellschaftliche-aktivit-ten-gegen-rechtsextremismus-i

**Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V. Fachstelle für Prävention (Hg.): Heimatliebe, Nationalismus, Rassismus. Von Frei.Wild bis Rechtsrock. (Jugend-)Musikszenen in Schleswig-Holstein. Propagandamittel, Szenekitt, Lebensgefühl**

Kiel, 39 S., Sachinformation, Broschüre

In der Broschüre wird sich mit der Bedeutung von Musik besonders im Hinblick auf den Einstiegsprozess für die Szene der extremen Rechten auseinandergesetzt. Unterschiedliche Musikstile von Rock bis Hip Hop werden analysiert, auch in ihrem Auftreten und den unterschiedlichen Codes, die sie nutzen. Neben der Analyse von sich als extrem rechts bekennenden Musiker_innen und Bands widmet sich die Broschüre auch dem Phänomen der so genannten Grauzone. Das bekannteste Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Band Frei.Wild.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5772&title=heimatliebe-nationalismus-rassismus-von-frei-wild-bis-rechtsrock-jugend-musiksze



**Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): „Geh sterben!“ Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet
Berlin, 38 S., Sachinformation, Broschüre**

Die Broschüre setzt sich mit dem Phänomen „Hate Speech“ im Internet und dessen Wirkungsweise auseinander. So werden neben einer Definition von „Hate Speech“ ebenfalls Strategien und Typologisierungen von „Hate Groups“ analysiert und erstellt sowie die Strategien von extremen Rechten Gruppen gesondert betrachtet. Betroffene und Expert_innen berichten von Ihren Erlebnissen bzw. Untersuchungen. Die Broschüre zeigt auch Gegenstrategien auf und stellt weiterführende Literatur zur Thematik vor.

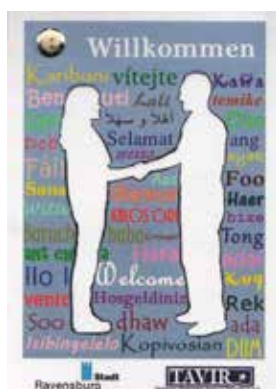
www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5755&title=geh-sterben-umgang-mit-hate-speech-und-komentaren-im-internet



**Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Hg.): Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt Nr. 48: Antiziganismus
Berlin 2015, 11 S., Bericht/Dokumentation, Zeitschrift**

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt unterstützt Betroffene rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt sowie Angehörige, Freund_innen und Zeug_innen u. a. mit kostenlosen (anonymen) Beratungsangeboten, vor Gericht oder bei Behörden. Die in diesem Rahmen entstehenden Newsletter dokumentieren rassistische und rechtsextreme Vorfälle und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt und informieren über Gerichtsurteile. Schwerpunktthema der Frühjahrsausgabe ist die Situation von Sinti und Roma.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5815&title=informationen-der-mobilen-beratung-f-r-opfer-rechter-gewalt-nr-48-antiziganismus



TAVIR Türkischer Akademiker-Verein in Ravensburg e.V. (Hg.): Willkommen. Willkommenskärtchen für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen

Ravensburg 2015, 45 S., Sachinformation, Loseblattsammlung
Der Kartenfächer hilft mit einfachen Sätzen und Abbildungen ankommenden Flüchtlingen und Asylbewerber_innen den Lebensalltag in der Bundesrepublik verständlich zu machen und ihnen die Möglichkeit einräumt in am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5819&title=willkommen-willkommensk-rtchen-f-r-fl-chtlinge-und-asylbewerber-innen

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aus den Mitgliedsverbänden:**BDAJ und KLJB haben eine interreligiöse Brücke gebaut**

Im Rahmen des großen Bundestreffens „Plattacke! – Mit uns sieht die Welt wieder Land“ der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e.V. (KLJB), das am 09.08.2015 in Lastrup im Oldenburger Münsterland stattfand, ist auch das Projekt „BirD – Brücke interreligiöser Dialog (BirD)“ zu Ende gegangen. In dem Projekt der KLJB und des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ) haben zwei Jugendverbände mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen über drei Jahre hinweg zusammengearbeitet. Beide Verbände verstehen die Förderung des interreligiösen Dialogs und die gleichzeitige Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen als einen Beitrag zu einer offenen Gesellschaft, die ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ermöglicht, egal we-



iche kulturellen und religiösen Hintergründe sie mitbringen. Dafür, dass die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher in der Gesellschaft ihren Platz finden, kämpfen beide Verbände außerdem zusammen im Deutschen Bundesjugendring, in dem der BDAJ Vollmitglied und die KLJB über den Dachverband BDKJ vertreten ist.

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V.

Geschwister-Scholl-Str. 33-37
44135 Dortmund

Tel: 02 31 / 77 66 08 04

Fax: 02 31 / 77 66 08 03

info@bdaj.de

www.bird-projekt.de/

KLJB e.V.

Drachenfelsstr. 23

53604 Bad Honnef-Rhöndorf

Tel: 0 22 24 / 94 65-0

Fax: 0 22 24 / 94 65-44

bundesstelle@kljb.org

hwww.kljb.org/bird-projekt

BDKJ will Diversität in der Jugendverbandsarbeit stärken

Der Bund der Katholischen Jugend (BDKJ) will mehr Vielfalt innerhalb seiner Strukturen und darüber hinaus erreichen. Das hat der BDKJ-Hauptausschuss beschlossen und ein Konzept der Diversität vorgelegt.

„Gerade aufgrund der aktuell wahrnehmbaren ablehnenden Haltung gegenüber einer vielfältigen Gesellschaft, ist es uns als katholische Jugendverbände wichtig für Vielfalt einzutreten“, so BDKJ-Bundsvorsitzender Wolfgang Ehrenlechner. „Wir engagieren uns für ein gleichberechtigtes Miteinander unterschiedlicher Kulturen, sexueller Orientierungen, körperlicher Befähigungen, Religionen und Lebensformen – in unseren Verbänden und in der Gesellschaft.“

Der BDKJ tritt Rassismus, Sexismus, Behinderungenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Aspekten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Kirche und Gesellschaft entschieden entgegen.

gen. „Es ist unerträglich, dass Menschen, die in Deutschland eine neue Heimat suchen, mit rassistischen Sprechchören begrüßt werden. Ebenso akzeptieren wir nicht, dass behindertenfeindliche oder homophobe Sprüche immer noch geduldet werden“, betont Ehrenlechner.



In den kommenden Jahren wird der BDKJ mit dem Konzept der Diversität auch die eigenen Strukturen immer wieder kritisch in den Blick nehmen: „Unser Bekenntnis zu einer vielfältigen Gesellschaft gilt selbstverständlich auch für uns selbst. Hier müssen an manchen Stellen die Türen noch weiter geöffnet werden, damit ein Zusammenleben in dieser Vielfalt gelingt“, erläutert Ehrenlechner.

Infos:
 Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
 Chauseestr. 128-129
 10115 Berlin
 Tel: 0 30 / 2 88 78 95-0

Fax: 0 30 / 2 88 78 95-0
nfo@bdkj.de
www.bdkj.de/fileadmin/redakteur/Dokumente/Beschluesse/3/150626_Beschluss_Diversitaetbewusste_Jugendarbeit.pdf

DIDF-Erklärung „Nicht Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen bekämpfen“

Die DIDF-Jugendorganisationen in Deutschland, Frankreich und Österreich sowie die Day-Mer Youth in England starteten eine Kampagne unter dem Motto „No human is illegal“ gegen die Grenz- und Flüchtlingspolitik der EU. Jedes Jahr wird das Mittelmeer zum

Massengrab für viele Flüchtlinge und es ist schon längst an der Zeit, sich diesem Massenmord an Europas Meeresgrenzen entgegenzustellen.



DIDF - Jugend

Deshalb haben Sie in einem gemeinsamen Treffen beschlossen, eine Unterschriftenkampagne zu starten, bei der es darum geht, Jugendverbände, Gewerkschaften und viele andere aus europäischen Ländern dazu aufzurufen, sich gegen diese Politik stark zu machen. Neben dieser Unterschriftenkampagne gab es einen gemeinsamen Aktionstag am 13. Juni 2015 in Köln, London, Paris und Wien. Dazu haben sich auch Informationsstände, Flashmobs und Kundgebungen mit Flüchtlingsgruppen sowie verschiedenen Jugend-

verbände und Organisationen dargeboten. An diesem Aktionstag wurde die Öffentlichkeit auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam gemacht. Eingeladen wurden alle demokratischen Kräfte, die mit dieser menschenverachtenden Politik



nicht einverstanden sind. Am 11. Juni 2015 fand an der Universität Essen (im Rahmen der Kampagne) eine Aufklärungsveranstaltung mit Expert_innen, Professor_innen

und Politiker_innen statt. Ziel war es, die wahren Ursachen der Massenflucht zu erkennen und Lösungsansätze herausarbeiten.

Infos:
 DIDF-Jugend
 Hohenstaufenring 55
 50667 Köln
 Tel: 02 21 / 9 25 54-93
 Fax: 02 21 / 9 25 54-95
jugend@didf.de
<http://didf.de/didfjugend/erklaerung-fluechtlinge/>

djo-Fachtag „Junges Engagement b(r)au(ch)t Brücken - Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit in Sachsen“

Die Partizipation und Mitwirkung von jungen Migrant_innen sowie die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit befindet sich in Sachsen noch am Anfang. Viele Träger der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit erreichen die Zielgruppe der jugendlichen Migrant_innen bisher nicht. Migrant_innenorganisationen können unter bestimmten Voraussetzungen wichtige Anlaufstellen und Anknüpfungspunkte sein, um diese Jugendlichen an die Jugendverbandsarbeit in Deutschland heranzuführen. Der Fachtag hat exemplarischen Charakter. Er



möchte dazu beitragen, die Partizipation junger Migrant_innen sowie die Interkulturelle Öffnung in Sachsen erfolgreich und nachhaltig zu gestalten. Der djo-Landesverband Sachsen lädt am 12.10.2015 zum Fachtag in die Evangelische Bildungsstätte Weißer Hirsch ein.

Infos:
 djo - Deutsche Jugend in Europa
 Landesverband Sachsen e. V.
 Bautzner Straße 45
 01099 Dresden
 Tel: 03 51 / 79 67 07 50
info@djo-sachsen.de
www.djo-sachsen.de

Tagung „Vielfalt im Sport - die Entwicklung eines gemeinsamen Handlungs-verständnisses“ der Deutschen Sportjugend (DSJ)

Vom 12. bis 14. Oktober 2015 findet in Wetzlar die diesjährige Tagung der Jugendbildungsreferent_innen statt. Sie steht unter dem Thema „Vielfalt im Sport - die Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsverständnisses.“ Die Tagung wird durch einen Vortrag von Bünyamin Werker (TU Dortmund) eingeleitet, der das „Fremde“ beleuchten und anschließend mithilfe eines Workshops zur Selbstreflexion anregen wird. Außerdem werden auf der Tagung Praxisbeispiele zum Thema „Sport und Flüchtlinge“ sowie ausreichend Informations- und Diskussionsmöglichkeiten zur Jugendleiterlicenz Ausbildung geboten.



Die Tagung findet in der Sport- und Bildungsstätte Wetzlar statt. Die Kosten für den Aufenthalt in der Sportschule übernimmt die dsj. Lediglich die Kosten für die An- und Abreise müssen selbst getragen werden.

Infos:

Deutsche Sportjugend (dsj)

Katharina Morlang

Otto-Fleck-Schneise 12

60528 Frankfurt

Tel: 0 69 / 6 70-00

Fax: 0 69 / 6 70 01-34 3

morlang@dsj.de

info@dsj.de

www.dsj.de/mediencenter/aktuelle-meldungen/detailansicht/article/tagung-der-jugendbildungsreferentinnen-am-12-14-oktober-2015-in-wetzlar-1/

Bundesweite Aktionen, Informationen**Umfrage der Antidiskriminierungsstelle zu Diskriminierungserfahrungen**

Am 1. September startet die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die größte Umfrage zum Thema „Diskriminierung in Deutschland“, die es bislang gegeben hat. Bis zum 30. November können sich alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren zu ihren selbst erlebten oder beobachteten Diskriminierungserfahrungen äußern. Diese Umfrage, die wir gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung durchführen, soll Diskriminierungen sichtbar machen. Wir wollen auch wissen, welche Auswirkungen Diskriminierungen auf Menschen haben und wie sie damit umgehen. Die Ergebnisse der Umfrage und Handlungsempfehlungen wird die Antidiskriminierungsstelle dem Deutschen Bundestag vorlegen.

Unter www.umfrage-diskriminierung.de finden Sie alle Informationen zur Umfrage und ab dem 1. September 2015 auch den direkten Link zum Fragebogen. Die Ergebnisse der Umfrage werden danach zur Verfügung gestellt.

Infos:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Stefanie Bewersdorff
Glinkastraße 24

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 1 85 55-18 17

Stefanie.Bewersdorff@ads.bund.de

www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2015/nl_02_2015/nl_02_aus_der_arbeit_04.html?nn=419279

Broschüre „Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten“

Die Broschüre „Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten“ ist eine Arbeitshilfe für alle verbandlichen Ebenen. Sie leistet einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit für die Belange von Kindern und Jugendlichen ohne gesicherten Aufenthaltstitel. Sie beschreibt die Situation junger Geflüchteter, erklärt das Asylverfahren sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen. Es werden Beispiele aus der Praxis jugendverbandlicher Arbeit genannt. Es soll zum Nachmachen motivieren wie auch inspirieren, eigene Ideen zur Öffnung der Jugendverbände für

junge Geflüchtete zu entwickeln. Damit soll ermutigt werden, die bestehenden Herausforderungen aktiv anzugehen.

Infos:

Deutscher Bundesjugendring
Mühlendamm 3

10178 Berlin

Tel: 0 30 / 4 00 40-4 00

info@dbjr.de

www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/junge-gefluechtete.html

Aktionswochen gegen Antisemitismus 2015

Die Amadeu Antonio Stiftung widmet sich seit nunmehr über 10 Jahren der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie der Aufklärung über diese Phänomene. Bereits seit 2003 finden die Aktionswochen gegen Antisemitismus in der Zeit um den 9. November statt. Das Ziel dieser Initiative ist, einmal im Jahr an vielen Orten gleichzeitig ein breites Spektrum von Veranstaltungen gegen Antisemitismus zu vernetzen und dadurch Diskussionen über historische und aktuelle Erscheinungsformen

von Antisemitismus in Gang zu setzen. So wurden 2014 etwa 400 Veranstaltungen in fast 90 Städten in allen Bundesländern von lokalen Partner_innen der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt. Auch wenn der Bezugspunkt der 9. November ist, sind die Themen der Veranstaltungen nicht zwangsläufig historische. Themenschwerpunkt in diesem Jahr ist der aktuelle und gegenwärtige Antisemitismus in Deutschland und Europa. Dank einer Förderung durch das Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ des Bun-

desministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finden auch 2015 wieder die Aktionswochen gegen Antisemitismus statt. Themenschwerpunkt in diesem Jahr sind die Querfrontbewegungen.

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstr. 139

10115 Berlin

Tel: 0 30/ 24 08 86 14

Fax: 0 30 / 24 08 86 22

miki.hermer@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Pro Asyl-Broschüre „Herzlich Willkommen: Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann“

Das Pro Asyl-Heft soll Anregungen liefern, wo Sie sich einbringen können, damit schutzbedürftige Menschen hier gut ankommen, in Sicherheit leben, die Chance auf Teilhabe erhalten und sich zuhause fühlen können. Keine Angst: Nicht jede_r muss alles tun, was in dieser Broschüre steht.

Aber jede_r, der tut, was er oder sie kann, ist ein Gewinn - für die Flüchtlinge und die Gesellschaft.

Infos:

Pro Asyl

Postfach 16 06 24

60069 Frankfurt

Tel: 0 69 / 24 23 14 20

Fax: 0 69 / 24 23 14 72

proasyl@proasyl.de

www.proasyl.de/de/shop

Online-Dokumentation der Tagung: „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten

Am 8. Mai 2015 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 70. Mal. Die Erinnerung an die Befreiung vom Nationalsozialismus geht zumeist einher mit der Forderung, aus der Geschichte zu lernen. Die Vielzahl extrem rechter Erzählungen und Mythen - in Berichten, Liedtexten oder über Aufmärsche vermittelt - war dabei immer eine Herausforderung für die historisch-politische Bildungsarbeit.

Während in früheren Jahren die extreme Rechte noch den Anschluss an die großen geschichtspolitischen Debatten der Bundesrepublik suchte, konstruiert die Szene heutzutage mehr und mehr eine eigene neonazistische Erinnerung. Sie dient der Identitätsbildung und Selbstvergewisserung. Der rechtsextreme Rückblick auf die Geschichte ist für dieses Spektrum zudem immer auch eine Verpflichtung zum „Kampf für die Volksgemeinschaft“ in der Gegenwart.

Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

führte vom 07. bis zum 08. Mai 2015 in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung die Tagung „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten“ im EL-DE-Haus durch. Die knapp 100 Teilnehmer_innen diskutierten u.a. folgende Fragen: „Worin besteht die neonazistische Erinnerung und wie wird sie kampagnenförderlich aufbereitet? Welche Faktoren sind förderlich oder hinderlich für die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Erzählungen an (lokal)politische Auseinandersetzungen? Wie können rechtsextreme Geschichtsmymen gebrochen werden?“

Infos:

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Appellhofplatz 23-25

50667 Köln

Tel: 02 21 / 22 12-63 32

www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/207604/opa-war-in-ordnung-erinnerungspolitik-der-extremen-rechten

Broschüre „Die Vielfalt des organisierten Islam in Nordrhein-Westfalen“

Seit nunmehr zweieinhalb Jahren existiert das dialog forum islam (dfi) als institutionalisierte Dialog-Plattform zwischen der Landesregierung

und den islamischen Organisationen in Nordrhein-Westfalen. Pünktlich zum diesjährigen Zuckerfest stellte Integrationsminister Guntram Schneider

das erste gemeinsame Produkt dieses Gremiums vor, eine Broschüre, die die Vielfalt des organisierten Islam in Nordrhein-Westfalen darstellt. „Die Broschüre liefert Innenansichten zahlreicher islamischer Organisationen mit umfassenden Informationen über ihr soziales Engagement und ihre vielfältigen Ausprägungen. Sie soll den Dialog in Schulen, Jugendeinrichtungen und Gesprächskreisen anregen und so auch Islamfeindlichkeit vorbeugen“, sagte Guntram Schneider bei der Vorstellung der Broschüre am 17. Juli 2015 in Düsseldorf. Neben den großen Verbänden der Alevit_innen und der Muslim_innen stellen sich in der Broschüre eine Reihe weiterer muslimischer

Zusammenschlüsse vor, die als Interessensverbände, Akademiker_innen- und Jugendvereine die Vereinslandschaft Nordrhein-Westfalens prägen.

Infos:

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW

Fürstenwall 25

40219 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 8 55-5

Fax: 0211 / 8 55-32 11

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mais/die-vielfalt-des-organisierten-islam-in-nordrhein-westfalen/1975>

Heinrich-Böll-Stiftung Dossier „Flucht und Migration“

Spätestens seit im April 2015 innerhalb von acht Tagen schätzungsweise 1.600 Menschen auf dem Weg von Libyen nach Europa im Mittelmeer ertrunken sind, steht die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union massiv in der Kritik. In dem Dossier „Flucht und Migration“ der Heinrich-Böll Stiftung wird die Debatte über notwendige Reformen dargestellt.

Neben Beiträgen zu den jüngsten Ereignissen und Reaktionen auf das Sterben im Mittelmeer wird auf die Fluchtursachen, die Grenzen Europas und

die Asylpolitik in den Blick genommen sowie die Willkommenskultur in Deutschland und die Erzählungen der Mediengesellschaft beleuchtet.

Infos:

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Schumannstr. 8

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 2 85 34-0

Fax: 0 30/ 2 85 34-109

info@boell.de

www.boell.de/de/dossier-flucht-asyl

Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung „Wir sind wieder da - die „Reichsbürger“: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien!“

Seit einigen Jahren treten selbsternannte „Reichsbürger_innen“ in der Kommunalpolitik, aber auch mit Drohbriefen und gewaltsamen Übergriffen verstärkt in die Öffentlichkeit. Sie propagieren die Fortexistenz eines Deutschen Reichs und stützen ihre Gedankenwelt auf antisemitische und geschichtsrevisionistische Elemente. Eine neue Publikation der Amadeu Antonio Stiftung klärt über die Hintergründe auf und zeigt Gegenstrategien.

Die Reichsideologie ist eine Mischung verschiedenster Ideologien. Ihre Anhängerschaft ist zum Teil unberechenbar. In den letzten Jahren treten Reichsideolog_innen immer offensiver auf und schrecken auch vor Gewalt nicht zurück.

Wie ist die Reichsideologie überhaupt entstan-

den? Was sind ihre grundsätzlichen Elemente? Und was kann gegen die Verbreitung ihrer rechtsextremen Gedanken getan werden? Hilfe bei der Auseinandersetzung bietet die neue Handreichung „Wir sind wieder da' - Die 'Reichsbürger': Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien“.

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstr. 139

10115 Berlin

Tel: 0 30 / 24 08 86 10

Fax: 0 30 / 24 08 86 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf

Muslimische Jugend Deutschlands (MJD) aus dem Verfassungsschutzbericht gestrichen

Am 11. Juni 2015 hat das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg seinen Jahresbericht der Öffentlichkeit vorgestellt, am 30. Juni, folgte der Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die MJD wird dabei im Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg nicht mehr erwähnt und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat seine Berichterstattung massiv korrigiert. Die Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD), gegründet im Jahre 1994, ist eine unabhängige deutschsprachige Vereinigung muslimischer Jugendlicher. Das primäre Ziel der MJD ist die Integration muslimischer Jugendlicher in die hiesige Gesellschaft zu fördern. Sie bietet muslimischen Jugendlichen eine Plattform, wo sie ihre Kreativität und Talente sowie ihre Fähigkeiten und Qualifikationen als junge deutsche Muslime entwickeln und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken können. Gleichzeitig sollen junge Muslime unterstützt werden, eine deutsch-muslimische Identität zu entwickeln.

Infos:
Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) e. V.
Gitschiner Str. 17
10969 Berlin
info@mjd-net.de
www.muslimische-jugend.de/muslimische-jugend-aus-verfassungsschutzbericht-gestrichen

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) „Kind ist Kind! - Umsetzung der Kinderrechte für Kinder und Jugendliche nach ihrer Flucht“

Mit diesem Positionspapier fordert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - (AGJ) für Kinder und Jugendliche - unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus - die Rechte umzusetzen, die ihnen nach der UN-Kinderrechtskonvention und auf der gesetzlichen Grundlage des Kinder- und Jugendhilferechts (SGB VIII) in Deutschland zustehen. Ebenso fordert die AGJ eine kontinuierliche Beteiligung der Kinder- und Jugendhilfe an Aufnahme- und Asylverfahren von Familien mit Kindern, um die Belange von Kindern und Jugendlichen angemessen einbringen zu können. Die Kinder- und Jugendhilfe steht in einer besonderen Verantwortung, für einen angemessenen Umgang mit jungen Flüchtlingen in unserer Gesellschaft einzutreten und mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Verantwortungsträgern nach Lösungsmöglichkeiten und guten Wegen der Integration zu suchen. Um ihren vielfältigen Aufgaben in der gesamten Bandbreite nachkommen und Kinder und Jugend-

liche nach ihrer Flucht im Sinne des SGB VIII aufnehmen, betreuen und unterstützen zu können, bedarf es des konstruktiven Zusammenwirkens aller beteiligten Akteure der Zivilgesellschaft unter der Federführung der Kinder- und Jugendhilfe. Auf Bundesebene gilt es, bundesweit vergleichbare Regelungen für die konsequente Umsetzung der Kinderrechte für Kinder und Jugendliche nach ihrer Flucht auf allen Handlungsebenen gesetzlich, strukturell und fiskalisch abzusichern.

Infos:
Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ
Mühlendamm 3
10178 Berlin
Tel: 0 30 / 4 00 40-2 00
Fax: 0 30/ 4 00 40-2 32
agj@agj.de
www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2015/Kind_ist_Kind.pdf

Broschüre „Völkische Siedlerinnen und Siedler im ländlichen Raum“ der Amadeu Antonio Stiftung

Seit einigen Jahren ziehen immer mehr völkische Siedler_innen in den ländlichen Raum. Fernab der großen Städte bilden sie hier Gemeinschaften,

die ihrem rassistischen Weltbild entsprechen. Einmal angekommen etablieren sich die völkischen Rechten in den dünn besiedelten Gebieten

als achtsame Ökobauern, geschickte Kunsthandwerker_innen und hilfsbereite Neuzugänge der Dorfgemeinschaft - um dann politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Gerade das Thema Naturschutz, das Menschen quer durch die Gesellschaft beschäftigt, erweist sich hier als Brückenbauer. Doch in der extrem rechten Vorstellung dient Naturschutz lediglich dazu, die deutsche „Volksgemeinschaft“ und ihren „Lebensraum“ zu erhalten. Die Vielfalt von Lebensentwürfen, die Gleichberechtigung aller Menschen und Weltoffenheit haben in dieser Weltanschauung keinen Platz. Die Broschüre „Völkische Siedler_innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien“

erklärt, warum sich manche scheinbar harmlose Öko-Nachbar_innen auf dem Land beim genaueren Hinsehen als extrem rechte Kader herausstellen und wie man mit einer starken demokratischen Alltagskultur gegen sie angehen kann.

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstr. 139

10115 Berlin

Tel: 0 30 / 24 08 86 10

Fax: 0 30 / 24 08 86 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/voelkische-siedler-internet.pdf

Lehrmaterial zum Thema „Flucht und Asyl“ von der UNO-Flüchtlingshilfe

Die Informations- und Unterrichtsmaterialien für Schule (ab 9. Klasse), Studium und Fortbildung bieten ausführliche Hintergrundinformationen und Kontextberichte. Aktuelle Zahlen und Statistiken sowie ein Glossar und eine Lernkontrolle ergänzen die Fluchtberichte und Grafiken. Die Materialien stehen zum Download zur Verfügung. Auch eine Zusendung per Post ist möglich.

Infos:

United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCR)

Vertretung in Deutschland

Zimmerstr. 79-80

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 20 22 02-0

Fax: 0 30 / 20 22 02-20

gfrbe@unhcr.org

www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/O6_service/Bildungsmaterialien/15_07_15_UNHCR_Flucht-und-Asyl_online.pdf

Handreichung „Gegen Rassismus und Mobbing im Betrieb“ von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Wie sind Diskriminierung und Mobbing im Arbeitsumfeld zu erkennen? Was lässt sich dagegen tun? Mit welchen Widerständen ist zu rechnen? Eine neue Handreichung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes richtet sich speziell an Betriebsräte und Gewerkschaften, um diese Fragen zu klären und Hilfestellung zu geben.

„Rassismus darf im Betrieb keine Chance haben“, sagte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, anlässlich der Veröffentlichung. „Viel zu oft nehmen Betroffene Benachteiligungen und Anfeindungen hin, weil sie bei Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzten auf Gleichgültigkeit treffen. Betriebsräten und Gewerkschaften kommt eine Schlüsselfunktion zu, wenn es darum geht, diese Situation zu ändern.“ Die Handreichung gibt praktische Empfehlungen, um ein Betriebsklima zu schaffen, das von Ak-

zeptanz und Respekt geprägt ist. Sie entstand im Nachgang zu einem Workshop der Antidiskriminierungsstelle mit Betriebsräten und Gewerkschaftsmitgliedern, deren Erfahrungen in die Broschüre eingeflossen sind.

In der Handreichung geht es um Diskriminierung sowohl unter den Beschäftigten als auch durch Vorgesetzte sowie strukturelle Diskriminierung im Betrieb, etwa durch fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Neben gesetzlichen Rechten und Pflichten sowie Klagemöglichkeiten werden auch Wege erörtert, Diskriminierung und Mobbing vorzubeugen. Eine weitere Rolle spielen Probleme wie Interessenskonflikte oder auch die Beweisbarkeit von Diskriminierung.

Infos:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Glinkastraße 24
10117 Berlin
Tel: 0 30 / 1 85 55-18 17
www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/

[Downloads/DE/publikationen/Handreichung-Betriebsraete/Handreichung-Betriebsraete.pdf?__blob=publicationFile](#)

Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2015 startet!

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) schreibt zum 15. Mal den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus. Den Gewinnern winken Geldpreise im Wert von 1.000 bis 5.000 € und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung. Demokratie bedeutet, sich in die Angelegenheiten vor Ort einzumischen und beginnt z.B. in der Familie, in der Schule sowie in der Freizeit. Es sollen Einzelpersonen und Gruppen für ihr Engagement

gewürdigt werden, die das Grundgesetz im Alltag auf kreative Weise mit Leben füllen.

Infos:

Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Bundeszentrale für politische Bildung

Johanna Suwelack, Alicja Kunzika

Friedrichstraße 50

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 25 45 04-4 66

Fax: 0 30/ 25 45 04-4 78

buendnis@bpb.bund.de

www.buendnis-toleranz.de/node/169713

Seminare und Tagungen**IDA-Workshop „Entgrenzt - transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“**

Datum: 18.-19. September 2015

Ort: Stephansstift Hannover

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

Sebastian Töbel

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

sebastian.toebel@idaev.dewww.idaev.de**Tagung „Einstiegsprozesse: Rechtsextremismus und gewaltbereiter Salafismus“**

Termin: 22. September 2015

Ort: Düsseldorf

Infos:

Landeszentrale für politische Bildung NRW im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-

Westfalen

Herbert C. Cormann

Haroldstraße 4

40213 Düsseldorf

Fax: 02 11 / 8 37 42 42

herbert.cormann@mfkjks.nrw.dewww.politische-bildung.nrw.de**Fortbildung „Der Anti-Bias-Ansatz - eine Reflexionsperspektive in der eigenen Praxis“**

Termin: 25.-27. September 2015

Ort: Bremen

Infos:

Anti-Bias-Werkstatt in Berlin

Anne Dwertmann

Kinzigstr. 9

10247 Berlin

Tel: 04 21 / 6 92 92 23

anmeldung@lidicehaus.dewww.anti-bias-werkstatt.de/?q=de/termine/der-anti-bias-ansatz-reflexions-perspektive-der-eigenen-praxis**Tagung „Offen für Vielfalt - Impulse für eine interkulturelle Jugendverbandsarbeit“**

Termin: 30. September 2015

Ort: Berlin

Infos:

Deutscher Bundesjugendring

Andrea Köhler

Mühlendamm 3

10178 Berlin

Tel: 0 30 /40 04 04 13

andrea.koehler@dbjr.dewww.dbjr.de/termine/fachtag-offen-fuer-vielfalt.html**Seminar: Anti-Bias, Diversity und soziale Inklusion - Umgang mit Vorurteilen, Macht und Diskriminierung in Bildung und Erziehung**

Termin: 06. Oktober und 17. November 2015

Ort: Bonn

Infos:

Bildungszentrum des Wissenschaftsladen Bonn e.V.

Reuterstr. 157

53113 Bonn

Tel: 02 28 / 2 01 61 66

Fax: 02 28 / 2 01 61 11

bildungszentrum@wilabonn.dewww.wila-bildungszentrum.de/de/bildungszentrum/bz/kurse-kursanmeldung.html?seminar=20152015**Politischer Abend „Jung, geflüchtet, selbstbestimmt. Wie Jugend(verbands)arbeit Freiräume für junge Geflüchtete schafft“**

Termin: 07. Oktober 2015

Seminare und Tagungen

Ort: Berlin

Infos:

Landesjugendring Berlin e. V.

Jaqueline Kauka

Projektreferentin „Partizipation - Bildung - Integration“

Obentrautstr. 57

10963 Berlin

Tel: 0 30 / 81 88 61 02

Fax: 0 30 / 2 11 66 87

kauka@ljrberlin.de

www.ljrberlin.de

Fachtagung „Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts“

Termin: 09. Oktober 2015

Ort: Berlin

Infos:

Dissens - Institut für Bildung und Forschung

Andreas Hechler & Olaf Stuve

Allee der Kosmonauten 67

12681 Berlin

Tel: 0 30 / 54 98 75-30

Fax: 0 30 / 54 98 75-31

andreas.hechler@dissens.de

olaf.stuve@dissens.de

<http://dissens.de/gerenep/tagungen>

djo-Fachtag „Junges Engagement b(r)au(ch)t Brücken - Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit in Sachsen“

Termin: 12. Oktober 2015

Ort: Dresden

Infos:

djo - Deutsche Jugend in Europa

Landesverband Sachsen e. V.

Bautzner Straße 45

01099 Dresden

Tel: 03 51 / 79 67 07 50

info@djo-sachsen.de

www.djo-sachsen.de

Tagung „Vielfalt im Sport - die Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsverständnisses“ der Deutschen Sportjugend (DSJ)

Termin: 12.-14. Oktober 2015

Ort: Wetzlar

Infos:

Deutsche Sportjugend (dsj)

Katharina Morlang

Otto-Fleck-Schneise 12

60528 Frankfurt

Tel: 0 69 / 6 70-00

Fax: 0 69 / 6 70 01-34 3

morlang@dsj.de

www.dsj.de/mediencenter/aktuelle-meldungen/detailansicht/article/tagung-der-jugendbildungsreferentinnen-am-12-14-oktober-2015-in-wetzlar-1/

Fachtagung „Migration und Flucht - Herausforderungen und Chancen für die Internationale Jugendarbeit“

Termin: 20.-21. Oktober 2015

Ort: Bonn

Infos:

IJAB,

Claudia Mierzowski

Godesberger Allee 142-148

53175 Bonn

Fax: 02 28 / 95 06-1 09

mierzowski@ijab.de

www.jive-international.de/p1057712900_474.html#e789c452fa656c34374779467fa52d68

Tagung „Vielfalt, Toleranz und Offenheit - jeder Mensch ist einzigartig. Alltagsstrategien gegen Diskriminierung und Rassismus. Fachkräfte, Jugendliche und Interessierte im Gespräch“

Termin: 22.-23. Oktober 2015

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e. V.

Heinrich-Hoffmann-Str. 3
60528 Frankfurt am Main
Tel: 0 69 / 67 06-2 71
Fax: 0 69 / 67 06-2 03
cevik@pb-paritaet.de
www.bildungswerk.paritaet.org

Fachtagung „SAORE ROMA“ 2015

Termin: 11. November 2015, 10-15 Uhr
Ort: Berlin

Infos:
Amaro Foro e.V.
Jugendorganisation von Roma und Nicht-Roma
Marius Krauss
Weichselplatz 8
12045 Berlin
Tel: 0 30 / 43 20 53 73
marius@amaroforo.de
www.amaroforo.de

Multiplikator_innenausbildung „Die extreme Rechte in NRW: Politische Dimensionen und Präventionsmöglichkeiten.“

Termin: : 20.-22.November 2015, 28.-29.November 2015 und 19.-20. Dezember 2015
Ort: DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Infos:
Landeszentrale für politische Bildung NRW
im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur
und Sport des Landes Nordrhein-
Westfalen
Herbert C. Cormann
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Fax: 02 11 / 8 37 42 42
herbert.cormann@mfkjks.nrw.de
www.politische-bildung.nrw.de

Jubiläumstagung „Von begrenzten Fehlschlägen und grenzenloser Hoffnung“ - 25 Jahre Rassismuskritik bei IDA e. V

Termin: 27.-28. November 2015
Ort: Berlin

Infos:
Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismuserbeit e. V.
Ansgar Drücker
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Fax: 02 11 / 15 92 55-69
25jahre@idaev.de
www.idaev.de

Train-the-Trainer Seminar „Vielfalt auf Kinder- und Jugendreisen“ zum Umgang mit inklusiven Gruppen

Termin: 07.-08. Dezember 2015
Ort: Frankfurt am Main

Infos:
Transfer e.V.
Andreas Rosellen
Grethenstraße 30
50739 Köln
Tel: 02 21 / 9 59 21-90
Fax: 02 21 / 9 59 21-93
service@transfer-ev.de
www.transfer-ev.de/index/aktuelles/7159566.html

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Karima Benbrahim

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952